

Elbblattsampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Elbblattsampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: drei Monate monatlich 2,50 Mark, durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Halle und Dresden: Verlags-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg (GmbH), Halle, Vertriebsstraße 14

Herausgeber: Ditto Kilian

Verlagspreis: 12 Gelddrucker f. d. Millimeter Höhe u. Breite; 70 Gelddrucker f. Restname im Zentimeter. Manuskripte zu richten nach Halle, Vertriebsstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Elbblattsampf. Halle. Postkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Vertriebskonto: Leipzig 1095/55 Post. 5527

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Freitag, den 3. Juli 1925

5. Jahrgang * Nr. 139

Krisenstimmung!

Der Streit um die Unterwerfungspolitik der Luther-Regierung

(Eig. Draht.) Berlin, 2. Juli.

Wohl die Opposition der Mitglieder der Deutschnationalen gegen den Sicherheitspakt sich dauernd verschärft, hat der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei nach Billigung der Politik Stresemanns beschloßen, in eine große außenpolitische Debatte über den Garantiepakt einzutreten, welche mit einer Interpellation der Volkspartei heute beginnen soll. Eine folgende namentliche Abstimmung über ein Vertrauensvotum für Stresemann soll die Deutschnationalen zwingen, Farbe zu bekennen. Unterdessen wird mit allen Mitteln daran gearbeitet, eine Regierungskrise zu vermeiden. **Lehmann** drückt die Verhoffentlichung eines Vertrauensvotums für Stresemann aus, doch die Deutschnationalen Minister ihren Vätern gegenüber die Verantwortung für den Garantiepakt ablehnen. **Reichensperger** ist der Ansicht der „Vollständigen Zeitung“, der nach der harten Kennzeichnung der Lage schreibt: „Die Krise kann nur verfließen, aber nicht in der Form gelöst werden, daß die Regierungsmehrheit für die Dauer unerschüttert in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung bleibt.“

(Eig. Draht.) Berlin, 3. Juli.

Die Drohung der Deutschen Volkspartei mit einer außenpolitischen Debatte und namentlich der Abstimmung über den Sicherheitspakt im Reichstag hat bereits genügt, die Deutschnationalen zum Einverständnis zu bringen. Sie haben sich an den Reichstagspräsidenten **Dr. Luther** gewandt, mit der Bitte, die Interpellation zu verhindern. In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde weiter gefachelt und nach amtlicher Mitteilung über die Grundlagen der Antwort an **Kranke** ein Einverständnis erzielt, so daß die Vorlage des Entwurfes der Note schickens zu erwarten sein soll. Daraufhin hat die Volkspartei von der Einbringung einer Interpellation zunächst abgesehen. Mit einer Konzeption an die Deutschnationalen hat die Reichstagsopposition der Deutschen Volkspartei eine Note an **Kilian** geschickt, daß bei dem grundsätzlichen Eintritt für den Pakt einige nicht allzu wesentliche Forderungen zur Wahrung der Deutschnationalen Würde aufgestellt werden. Der Charakter der Note an **Kranke** ist noch nicht bestimmt; während die Reichsregierung die Forderungen der 3 in 1 Note erwidern, die lediglich die Grundlage für Verhandlungen schaffen soll, beschränkt das die „Vollständige Zeitung“ und erklärt, daß die Note mehr als Rückfragen an **Kranke** erhalten werden. Erst nach Abendung der Note, die nicht vor dem 12. Juli abgehen wird, soll eine politische Debatte im Reichstag zugelassen werden.

Kommunistische Interpellation zur Unterwerfungspolitik der Luther-Regierung

Die kommunistische Reichstagsopposition hat folgende Interpellation zur auswärtigen Politik der Stresemann-Regierung eingebracht:
Ist die Regierung bereit, zu der durch die Antwortnote

Brians auf das Stresemannsche Garantiepakt-Angebot geschlossenen Lage im Reichstag sofort Stellung zu nehmen?

Ist sie gewillt, auf die Note Brians die einzig mögliche Antwort zu geben: Sofortige Zurückziehung des Stresemannschen Vorschlags?

Ist die Regierung ferner bereit, mitzuteilen, ob es noch eine einheitliche Außenpolitik des Kabinetts Luther gibt?

Die Großagrarien drängen auf Erfüllung ihrer Zollforderungen

Außenpolitische Probleme ihnen nebenfächlich

(Eig. Draht.) Berlin, 3. Juli.

Der Vorsitzende des Reichslandbundes, **Graf Kalkreuth**, gibt in der „Deutschen Tageszeitung“ dem Mißbehagen darüber Ausdruck, daß der Außenminister zuerst eine Klärung über die außenpolitischen Fragen herbeiführen will, ehe die Deutschnationalen seinen, ob sie den Zoll in Gehalt ihrer Agrarzollforderungen beantragen. **Graf Kalkreuth** schreibt: „Politische Parteien scheinen die Meinung zu haben, der Klärung der notwendigen und dringenden Wirtschaftsfragen die Auseinandersetzung über außenpolitische Meinungsverschiedenheiten zu schieben. Die Klärung der Stellung zur Außenpolitik ist selbstverständlich notwendig, aber es ist nicht notwendig, diese Klärung vorweg zu nehmen. Zunächst müssen die wirtschaftlichen Erfordernisse dem Reichstag übergeben werden und dann erst könne die Erörterung der außenpolitischen Lebensfragen erfolgen.“



Der Monarchistenminister Severing beschäftigt Kaja Luxemburgs Mörder!

In einer Berliner Gerichtsverhandlung gegen Kaja Luxemburgs Mörder, **Leutnant Krull**, sagten die vernommenen Polizeibeamten unter Eid aus, daß Krull nach der Ermordung Kajas bei der Abteilung Ia beschäftigt wurde. Er wurde daraufhin von der Anklage wegen Urkundenfälschung freigesprochen, da die ihm vorgeworfenen Dokumentenfälschungen im Dienste vorgenommen wurden, also Amtshandlungen gewesen seien.
(Näheres im Inneren des Blattes.)

Außenverhandlungen in Preußen und kein Ende Vorschlag Herms: Volksgemeinschaft mit Severing-Braun und zwei deutschnationalen Ministern

Berlin. Am Preussischen Landtag fand Donnerstag eine neue vom Zentrum einberufene Sitzung der Regierungsparteien statt. Der Vorsitzende des Zentrums, **Minister Herms**, vom rechten Flügel, hat eine neue Ministerliste vorgelegt:
Volksparteitlicher Ministerpräsident, **Severing** als Innenminister, **Braun** als Handelsminister, Justizministerium in deutschnationaler Hand, Unterrichts- und Finanzministerium sollen durch deutschnationale Beamtenminister besetzt werden.

Wie die „Berliner Volkszeitung“ erzählt, haben die völksparteitlichen Führer aus dem Rheinland auf dem Standpunkt, daß die Regierung Braun bis zur Erledigung der Entnahmungs- und Sicherheitsfrage noch bleiben solle. Weder die Haltung der SPD, lautet es das Blatt: „Die Sozialdemokratie hat sich grundsätzlich bereit erklärt, in Verhandlungen über eine Regierungsbildung auf der Grundlage der Volksgemeinschaft einzutreten.“

Es werden also trotz aller Dementis unter bekümmertem Schweigen der gesamten SPD-Presse die Kullfenderhandlungen ununterbrochen fortgeführt; die letzte Sitzung war erst vor zwei Tagen.

Zollkampf der SPD.: Kommunistenhebe

Dazu Zutreiberdienste für die Zollräuber

(Eig. Draht.) Berlin, 3. Juli.

Der Bezirksverband der SPD, Groß-Berlin erklärt an die Arbeiter Berlins einen Aufruf, der auf die Forderung der sozialdemokratischen Zollverminderungen Bezug nimmt und von den wütendsten Beschimpfungen der SPD, mißachtet. Es wird behauptet, die SPD, die Hindenburg zum Siege verhelfen und gemeinsam mit den Deutschnationalen die Freigabe herbeiführen hat, ihre Sache nicht, Selbstbehauptung für Großagrarien und Industrie magazinen zu leisten. Nach dieser Schimpfkanone wird offiziell erklärt, daß die Vertreter der SPD, in SPD-Beiratsversammlungen nicht mehr des Wortes erhalten. Die SPD, hat ein sehr schlechtes Gewissen.

Als doch die gestrige Sitzung des Zollrats in Berlin, in der die Forderung der Zollfreiheit bis zu Ende durchgeführt wurde, nur durch die Haltung der SPD, ermöglicht. Der kommunistische Vertreter hatte die Beschuldigung angebracht. Nur dadurch, daß die SPD, am härtesten vertreten war mit 5 von 15 Ausschussmitgliedern und sich in ihren Arbeitseifer nicht lösen ließ, wurde es möglich, die Zollfreiheit im Ausmaß abzugewinnen.

Wer bis jetzt noch nicht die Umarmung des Proletariats

Kein Klassen-genosse läßt seine gefangenen Brüder im Stich!

Dames-Gutachten und Zollpolitik

Halle, 3. Juli.

In seiner vorgelegten Rede im „Wintergarten“, wo Herr **Sollmann** hauptsächlich über die Zollfrage referierte, streifte er sehr oberflächlich eine Frage, die mir hier näher unterlegen wollen. Es handelt sich um das Verhältnis zwischen Zollfragen und Dames-Gutachten. Herr **Sollmann** behauptete, daß der Zollentwurf der Regierung nicht in Uebereinstimmung mit dem Dames-Gutachten stehe. Er glaubte, mit einer Handbewegung das Problem gelöst zu haben, indem er behauptete, daß die Produktion, währenddem dadurch die Ausfuhr, ergo ist das Dames-Gutachten mit der Zollpolitik der Regierung nicht in Einklang zu bringen.

Wenn Wirtschaftsprobleme so einfach sind, wie sie Herr **Sollmann** in diesem Falle immer wieder behauptet hat, dann wäre die Politik eine einfache Sache. Wir wollen hier unterlegen, inwiefern genau das Gegenteil von dem der Fall ist, was Herr **Sollmann** ausgeführt hat, wie nämlich Zollpolitik und Dames-Gutachten in allerengster Verbindung miteinander stehen, wie die Zollpolitik der Regierung nichts anderes ist, als das Dames-Gutachten auf die innerdeutschen Verhältnisse angewandt.

Es ist durchaus richtig von Herrn **Sollmann** gewesen, wenn er feststellte, daß, wenn überhaupt der Dames-entwurf erfüllbar ist, dies lediglich durch eine enorm gesteigerte Ausfuhr deutscher Industrieprodukte geschehen könne. Es war ferner richtig, wenn ausgeführt wurde, daß die deutsche Industrie, technisch gesehen, in einem Zustand der Stagnation seit 1913 eingetreten ist, der, wirtschaftlich gesehen, natürlich einen Rückschritt bedeutet. Die Annahme des Dames-Gutachtens treibt die deutsche Industrie zur Ausfuhr. Die Dames-Deutschlands zwingt sie, zu dieser Ausfuhr einen anderen Weg zu beschreiten, als den der technischen Verbesserung, der aus Kapitalmangel nicht denkbar ist.

Welcher Weg steht nun der deutschen Industrie für eine gesteigerte Ausfuhr offen? Wir wollen es vorwegnehmen: Der einzige Weg, die deutsche Ausfuhr zu steigern, ist bei den gegebenen Verhältnissen eine riesig angelegte Schmutzkonturrei, die sich von früheren kapitalistischen Wirtschaftsmethoden dieser Art dadurch unterscheidet, daß sie sich nicht auf einen einzelnen Industriezweig, sondern auf alle Industriezweige erstreckt wird. Eben dies beschreiben wir als Dumping, nämlich die Gewinnung eines verbilligten Auslandsmarktes durch Verteuerung auf dem Inlandsmarkt. Wir wollen dies kurz näher erläutern. Der Herstellungspreis der Ware X möge 100 Mark betragen. Der Verkaufspreis derselben Ware beträgt, da durch Zollmauern die ausländische Konkurrenz ferngehalten wird, im Inlande 200 Mark. Im Auslande dagegen wird die Ware X unter dem Herstellungspreis, sagen wir für 75 Mk. verkauft. Der Verkauf der Ware X für 75 Mark im Auslande ist deshalb möglich, weil der Profit im Inlande so hoch ist, daß selbst bei einem Verkauf im Ausland unter dem Herstellungspreis noch ein „angenehmer“ Gewinn herauspringt. Dies geschieht durch die Aufzehrung der im Inlande und Ausland verkauften Ware. Da der Inlandsmarkt immer einen gewissen Umfang haben muß, ist trotz der Einfuhrdumping des Inlandsmarktes durch Zölle und niedrige Lebenshaltung ein solches Dumping unter allen Bedingungen möglich.

Sieht man die enge Verbindung zwischen Dames-Gutachten und Zollpolitik ein. Die deutsche Industriebegehrte hat sich mit dem Großagrarien verbunden, und dieses Bündnis ist ein Bündnis auf Gegenseitigkeit. Die Großagrarien legen zu den Industriellen: Wir werden dafür sorgen, daß eure Industriewerke abgebaut werden, wenn ihr nicht dafür sorgt, daß wir erneut Getreidezölle wie in Friedenszeiten erhalten. Da die deutsche Industrie heute die ihr technisch weit überlegene ausländische Konkurrenz fürchtet, als eine durch Getreidezölle hervorgerufene Lohnbewegung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse, ist ihr ein solches Verhältnis auf Gegenseitigkeit, das Agrar- wie Industriesolle garantiert, durchaus angenehm. Die Erhaltung der Industriesolle macht der deutschen Industrie den Weg frei für eine gesteigerte Ausfuhr auf dem Wege des Dumpings und somit für die vorläufige Erfüllung des Dames-Gutachtens. Das ist der außenpolitische Zweck der Zollpolitik der Regierung. Es gibt für Deutschland bei der heute gegebenen Lage keinen anderen Weg der gesteigerten Ausfuhr, als ein großzügig angelegtes Dumping. Ein Dumping im wiederum ist nicht denkbar, ohne hohe Zollmauern, die die Auswanderung der inländischen Konjunktur ermöglichen. Man soll nicht die Industrie und ihre Politik für dümmlich halten als sie ist. Sie hat für ihre Interessen und für die Ausfuhr ihrer Politik klarere und weitreichendere Pläne, als dies ein sozialdemokratischer, früherer Innenminister in seinen Reden warhaben will.

Dieser Versuch der Erfüllung des Dames-Gutachtens auf dem Wege des Dumpings, das heißt des verfallenen Exports, mittels weiterer Herabdrückung der Lebenshaltung der „eigenen“ Verbrauchermassen, führt aber auf Schwierigkeiten. Natürlich laufen sich die anderen imperialistischen Staaten durch hohe Schutzollmauern gegen die deutsche Konkurrenz abzusperren und ihrerseits eine Gegenoffensive auf dem Wege des Dumpings zu ergreifen. So liegt es für die deutsche Bourgeoisie nahe, sich an der „Leistung“ der bisher noch nicht ganz der imperialistischen „Anstalten“ erschlossenen Märkte zu beteiligen, insbesondere an der Unterdrückungspolitik gegenüber den Kolonialländern und an dem Kreuzzug gegen Sowjet-Rußland. Sie hofft, als Lohn ihrer Mit-

Hilfe dabei von den großen kapitalistischen Erbkären gewisse Broden abzudecken.

Es kann kaum zweifelhaft sein, daß aus Herr Solmann und die deutsche Sozialdemokratie einsehen, daß Schicksale eine notwendige Voraussetzung...

Wie Kommunisten haben das vorausgesehen. Die SPD hat, um die Sozialdemokratie zu einer einheitlichen Stellungnahme zu zwingen...

1. Schöpfer parlamentarischer Diktaturen gegen die Arbeiterfrage, unterläßt durch außerparlamentarische MassenDemonstrationen...

2. Wenn die Arbeiterfrage trotzdem angenommen wird, Veranlassung des Volkenscheidens durch die parlamentarischen Fraktionen...

3. Wenn der Volkenscheid nicht, labortiert aber sein Ergebnis mitschleift, wird Anwendung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels...

4. In vielen Orten des Reiches haben sich die Arbeiter aller Parteien zu diesen Forderungen bekannt. Die Reformisten wagten es nicht...

Arbeiter, fordert Antwort!

Die Sinowjew-Brief-Fabrikation

Zus Gefängnis mit dem Fälscher!

Das Organ der Labour Party, "The Daily Herald", veröffentlicht unangelegentlich Material über die verbrecherische Tätigkeit des Fälschers des Sinowjew-Briefes...

Das Staatsministerium wird beantragt, dafür Sorge zu tragen, daß

- 1. der der Dokumentenfälschung überführte Bruczilowski sofort wieder in Haft genommen und wegen seiner verbrecherischen Tätigkeit dem Strafgefängnis zugeführt wird.
2. die für die Fälschung verantwortlichen Beamten sofort zur Rechenschaft gezogen werden.

Das sind die Sozialisten!

Berlin. Die "Welt am Abend" bringt die Stellungnahme der "Deutschen Liga für Menschenrechte" zum Krieg zur Sprache...

Bramen über die antilohngewerkschaftliche Sozialdemokratie

Der nach seinen eigenen Angaben auf dem gemäßigten Flügel der britischen Arbeiterbewegung lebende Sekretär des Generalrates der britischen Gewerkschaften, Fred Bramley...

"Mir scheint, Sie können jedes andere Thema unter der Sonne diskutieren, ohne in diesen paranoischen Zustand zu verfallen..."

Was bringen die Zölle?

Wichtig ist vor allem für die arbeitende Bevölkerung, der Angriff der Agrarier. "Her mit den Schußkugeln!" schreien sie...

Eine fiebern im Verlag der Vereinigung Internationaler Sozialisten erschienenen Broschüre "Was bringen die Zölle?" (16 Seiten, Preis 20 Pf.) befaßt sich mit den "Argumenten" der Agrarier...

30 000! Fast 1/3 erreicht! Weiter auf diesem Wege bis 100 000!



Hunderte von Betrieben haben einmütig die Resolutionen für die Vollamnestie angenommen. Hunderttausende von Arbeitern haben bereits die Vollamnestie gefordert...

Jeder Betrieb muß eine Ehre darin sehen, die gesamte Belegschaft reiflos zur Unterschrift für die Vollamnestie geben.

In welchem Betriebe keine Amnestieschlüssel in Umlauf sind, sind diese sofort anzufordern beim Bezirkskomitee der "Roten Hilfe"...

Kampfergenossen! Eure Brüder leben für Euch in den Justizhäusern und den Gefängnissen! Ihr könnt wenigstens diese wirklich keine Unannehmlichkeit der Unterschrift auf Euch nehmen.

Das ist nur der hundertste Teil der Dankabstimmung an unsere tapferen proletarischen Vorkämpfer!

China-Hilfe

Deutsche Intellektuelle an die chinesischen Intellektuellen, Professoren, Studenten und Künstler

Die Unterzeichneten und zahlreiche andere Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle Deutschlands beglücken die Beziehungen, die durch die Visitation der SPD...

Andem wir das chinesische Volk unserer vollen Sympathie versichern, verheben wir gleichzeitig, alles zu tun, praktische Hilfe zu leisten...

- Im Namen deutscher unparteiischer Intellektueller grüßen wir die revolutionären Intellektuellen, Professoren, Studenten Chinas: Hugo Döblin; Prof. med. und phil. Theodor Lessing; Hannover; Prof. Heinz Jule, Berlin; Prof. Dr. Karl Gumbert; Frankfurt a. M.; Dr. Helene Gröber; Schriftstellerin, Berlin; Dr. Kuganji, Berlin; Müller, Schauspieler, Berlin; Wiltzart Dr. Fickauer; Frankfurt; Studentin Prof. Dr. Goh, Berlin; Frau Regina Huber, Schriftstellerin, Berlin; Dr. Gumbel, Privatdozent, Berlin; Henz Gilsbeau, Schriftsteller, Berlin; Conrad Juchs, Schriftsteller, Berlin; Ernst Drach, Privatgelehrter, Berlin-Steag; Lehmann-Außländer und Erwin Berger, Sekretäre der Deutschen Liga für Menschenrechte, Berlin; Willi Mühlhagen, M. d. N., Berlin; Prof. Dr. Alfons Gohlbach, M. d. N., Berlin; Alfons Kneuer, Schriftsteller, Frankfurt; Prof. Kate Kollwitz, Malerin, Berlin; Dr. Reine, Kunsthilfswissenschaftlerin, Berlin; Heinrich Rogeler, Maler, Worsbude; Roberson d'Arquie, Komponist, Berlin; Erich Mühsam, Schriftsteller, Berlin; A. Ruge, Studentin, Berlin; Dr. Klausner, Frau, Berlin; Dr. Kerlen, Schriftsteller, Berlin; Erich Baron, Schriftsteller, Berlin; Studentin Dr. Schwarz, Frau; Erwin Piscator, Schauspieler, Berlin; Müller, Schauspieler, Berlin; Frau Dr. Käthe, Berlin; Frau Dr. Boehm, Frau, Berlin; Rabold, Schriftsteller, Berlin; Frau Dr. Alexander, Schriftstellerin, Berlin; Dr. Ludwig, Rechtsanwältin, Berlin; J. M. Krant, Schriftsteller, Berlin; Gessner, Schriftsteller, Berlin; Dr. Rother Wolf, Frau, Berlin; Renz Hirsch, Verleger, Berlin; Wieland Harsfeld, Verleger, Berlin; Dr. Hermann Dunder, Schriftsteller, Berlin; Otto Nagel, Maler, Berlin; Dr. Gerhard, Frau, Berlin; Dr. Schellbach, Frau, Berlin; Hans August Witzfogel, Schriftsteller, Berlin; Paul Galle, Redakteur, Berlin; Ernst Friedrich, Schriftsteller, Berlin; Wilhelm Hoffmann, Oberpostsekretär, Berlin-Schmargendorf; Vera Dast, Künstlerin, Berlin; Steindl, Redakteur, Berlin; George Grosz, Maler, Berlin, u. a. m.

Ein Beispiel proletarischer Solidarität

500 Mark für China

hat der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Lokalfabe Berlin, dem 345. Landesausflug Berlin-Brandenburg überreicht...

Arbeiter, Gewerkschafter, Freunde, folgt diesem Beispiel solidarischer Hilfe! Sammelt, gebt überall für die China-Hilfe der 345!

Das Massenordnungsproblem des Grubentapitals vor dem Landtag

(Eigener Bericht.) Berlin, 3. Juli.

Nähezu 200 Bergleute fanden bei den Katastrophen auf "Minister Stein", "Matthias Stinnes" und "Dorfstedt" den Tod im Schacht. Die Furchtbare dieser Katastrophen suchte aus Presse und Parlamentarierabgeordnete der Bürgerlichen wieder auf...

Dieses "Menschenmögliche" liegt jetzt vor. In einer Parlamentsaktion, entstanden aus einer Pleiade von Anträgen, Fortschritt in einem Tagend Ausschüßerhandlungen. Beendet in der Beratung vor dem Plenum des Landtags.

Diese Beratung hätten die Kumpels leben müssen. Keine 50 Abgeordnete hätten die unverbindlichen, nichtlagenden, höchsten nie verprechenden Redereien der bürgerlichen und sozialdemokratischen Sachwalter des Bergwerkskapitals an. Der Handelsminister Schreiber mußte seine Deklamationen zum Lobe der behördlichen Verwaltungsarbeit vor einem noch geringeren Publikum loslassen...

Die SPD, habe im Landtage heute viel arbeiterfreundlicher gesprochen als im Ausschuß.

Der SPD-Schauspieler mit zwei Rollen, auf den sich diese Bemerkung bezog, ist Herr Dietrich, von Karl Bergmann gewesen, jetzt Märchen- und Sagenbildner im Nebenberuf bei gutem Gehalt, angestellt als Direktor der Preussischen Bergwerks- und Hütten-Untersuchungsanstalt. Diese Berufsangaben erklären alles. Die SPD denkt gar nicht daran, von ihren Abgeordneten die ernstliche Vertretung der Bergarbeiterforderungen gegen das Bergwerkskapital zu verlangen.

Dieser Aufgabe unterzog sich in einer längeren mit eindringlichem, beweissträftigem Tatsachenmaterial versehenen Rede der Genosse Sobotta:

Der Pastor Hügel schrieb im Reichstagen: "Mit der Einführung des Bergengesetzes werden die Katastrophen im Bergbau seltener werden." Aber mit Rückfällen und belanglosen Parlamentsanträgen sind die Gefahren des Bergbaues nicht zu überwinden. Die Grubentapitalisten sind die Folgen der bis zum äußersten ausgelegerten kapitalistischen Ausbeutungs- und Raubbaupolitik. Auch der Ausschuß des Landtages hat sich nicht dazu entschließen können, solche Maßnahmen dem Staate vorzuschlagen, die geeignet wären, einen wirklichen Abbruch des Massenordnungsproblems im Bergbau zu tun. Wenn man den guten Willen gehabt hätte, wirkliche Maßnahmen zum Schutze der Bergarbeiter zu treffen, dann hätte man den kommunistischen Anträgen entsprechend...

das Heilmittel und Antirepressivum im Bergbau möglichst verfeinern müssen.

Auch hätten von Arbeitern gewählte Grubenkontrollen, wie sie bei den Bergbauern der kommunistischen Fraktion forderte, eingeführt werden müssen. Aber gerade gegen diese wichtigen Punkte hat die Regierung an der Seite der Grubentapitalisten mit aller Heftigkeit gekämpft. Und wenn der Handelsminister noch heute hier er-

klärte, daß die Staatsregierung bereit sei, alles zum Schutze der Bergarbeiter zu tun, so liegt das im Widerspruch zu dem Verhalten der Vertreter des Ministeriums im Ausschuß. Eine wirkliche Bekämpfung der Ursachen, die die Grubentapitalisten herbeiführen, wird auch nur dann möglich sein, wenn

die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Es ist bei der Unterredung auf "Minister Stein" festgestellt, daß die Direktoren durch Belohnung derjenigen Steiger, die alle Sicherheitsvorrichtungen außer Acht gelassen haben, die Ursachen zu dieser Katastrophe gelegt haben. Die Regierung wie auch die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten aber im Ausschuß, daß der Landtag und die Regierung keine Macht habe, um die Direktoren zur Bestrafung heranzuziehen. Wenn hier noch verhandelt wurde, abzutreten, daß die Unterredung wesentliche Bestandteile der Jugendverwaltung zu Tage gefördert habe, so wolle ich auf den Bericht des Unfallausschusses hin, bemerke aber, daß dieser

Bericht des Unfallausschusses schon viermal korrigiert ist

und daß die wesentlichen Vorlagen aus ihm gestrichen wurden. Trotz dieser Korrekturen sagt der Bericht: "Es zunächst die allgemeine, in den Erträgen und Preisen der Bergwerke nachgewiesene Preissteigerung betrifft, so läßt der Ausschuß bis auf die Mitglieder Andre und Eißler (das sind die beiden Grubentapitalisten) den Beweis für erbracht, daß die Betriebsleitung für eine den bergpolizeilichen Vorschriften genügende Preissteigerungsmöglichkeit nicht gefordert hat." Dann finden Sie weiter auf Seite 21 des Berichts: "Die Gendarmenverwaltung, in welcher der erwähnte Betriebspunkt im März Otto zur Zeit des Unglücks stand, erhebt in mehrfacher Hinsicht mit Mängeln behaftet." So muß auch hierin ein verhängnisvoller Grund für die Entstehung der Explosion gegeben werden. Dieses konnte festgestellt werden, trotzdem

die Unterredung durch Mahngelung von Zeugen außerordentlich erschwert wird.

Das bezieht sich nicht nur auf "Minister Stein", sondern auch auf die anderen Unfallfälle. So wurde bei der Unterredung des Unfallausschusses auf "Matthias Stinnes" als Zeuge der Fördermaschinenführers benannt. Von der Verwaltung wurde erklärt, daß dieser Zeuge 15 Jahre im Dienste lieg und außerordentlich zuverlässig ist. Auf Betragen durch Mitglieder der Grubenberufsausschüsse mußte dieser Fördermaschinenführer zugeben, daß eine Kontrolle der Selbstreinstellrichtungen vor Beginn der Arbeit nicht stattgefunden hat und daß auch das bergpolizeilich vorgeschriebene Probetreiben nicht gemacht wurde. Etwa 14 Tage nach der Unterredung wurde dieser Fördermaschinenführer entlassen, weil er jetzt angeblich unzuverlässig ist. Genau so hat es ja vor zwei Jahren dem Steiger Glinka gegangen. Wo die Arbeiter und Betriebsräte bei der Unterredung wahrheitsgemäß auslagen, werden sie nachher auf die Straße geworfen.

Zum Schluß geht Genosse Sobotta noch auf die Stilllegungen und auf die Feierlichkeiten im Aufgebote ein. Er fordert die Wiederherstellung der Eisenbahnen und die Wiederherstellung aller Bergarbeiter.

Ueber die vorliegenden Anträge zu den Grubenunfällen wird Freitag abgestimmt werden. Die Rechtsparlieren haben die Pflicht, selbst die geringen Zugeständnisse der Ausschüsse zu Gunsten zu bringen.

Der Genosse Biedl beantragte nach Beendigung der Bergbesuche, den kommunistischen Antrag zur Regierungsbildung zu verhandeln. Dieses wurde von der Einheitsfront der Arbeiter zur großen Reaktion abgelehnt.

Der Unterschied zwischen dem Leipziger und dem Moskauer Prozeß

Die SPD-Presse verleumdet mit verteilten Rollen

Im „Koll“ dem thüringischen SPD-Blatt, wird der „Vorwärts“-Artikel zum Moskauer Konsultanten-Prozeß für „völlig abwegig“ erklärt. Es sei nicht erwiesen, daß der Prozeß „eine bloße Komödie“ sei, wie der „Vorwärts“ behauptete. Daß die deutschen Anwälte, die von der Moskauer Anwaltschaft beauftragt wurden, dementsprechend, sei noch kein Beweis für die Unschuld dieser Anwälte, zumal die Haltung mancher deutscher Anwälte gegenüber den rechtsradikalen Putschorganisationen bis in die letzte Zeit hinein doch recht lehrsam war. Und zumal Änderungen eigene Aussagen über seine Vergangenheit ist doch in einem „recht eigentümlichen Dialekt“ geäußert.

Dann verliert der Artikel Karakollen zu ziehen zwischen dem Moskauer und dem Leipziger Prozeß. Im Leipziger Prozeß habe nicht nur das Gericht dem Moskauer geglaubt, sondern auch der „Vorwärts“ glaube ihm. „Wenn man es nicht läßt, könnte er seine Normirung für die Reichsregierung erheben im Fall Stoblenitz.“ Im Moskauer Prozeß aber ließ plötzlich der Angeklagte Dittmar nicht nur an, sondern auch, der Kindermann und Wolff schmerzlich bedrückend. Das geht nicht.

Wenn man diesem nicht glauben will, dürfte man auch Neumann nicht glauben. Würde Neumann aber nicht geglaubt, so müßten die Angeklagten in Leipzig zum mindesten aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Dann gibt es aber gar keinen Fall Stoblenitz.“ Dann sagt der Artikel:

„Wir haben fernerst bei Behandlung des Leipziger „Trotz“-Prozesses im „Vorwärts“ von einer entsprechenden Kritik des Leipziger Verfahrens, wie sie der „Vorwärts“ jetzt mit aller Schärfe an dem Moskauer Verfahren übt, nichts gesehen, obwohl das Leipziger Verfahren strafprozedural fast ebenso unglücklich war wie das Moskauer. Wir erinnern nur an die Behandlung der Verteidiger, an die Art des Vorbringens, dem Angeklagten Neumann die Antworten direkt vorzuliegen, an die rücksichtslose Abweisung aller Beweisanträge der Verteidiger durch das Gericht.“

Das „Koll“ meint, der Leipziger Prozeß habe diese Art der politischen Prozedur, wie sie in Moskau jetzt angewandt wird, den Russen vorgelebt. Und ferner meint das SPD-Blatt, die deutsche Justiz erzieht jetzt in Moskau nur, was sie gelehrt hat. Deshalb werden auch die Reichsregierung nichts nachahmen, man werde in Moskau höflich und auf Leipzig hinweisen.

Dann folgt die närrische Behauptung, man habe in Moskau nicht die Wahrheit, sondern Agitationen gesehen, die verhafte SPD. Und zum Schluß: Der „Vorwärts“ war dumme, er hat sich ins Unrecht gesetzt, indem er das Moskauer Verfahren „ohne weiteres verdammt“.

Wie unterscheiden sich „Vorwärts“ und „Koll“ in dieser Prozeßfrage? Der „Vorwärts“ behauptet: Der Leipziger Prozeß war ein ehrliches, einwandfreies Gerichtsverfahren; der Moskauer Prozeß aber ist eine Komödie. Das „Koll“ vertritt die Meinung: Der Leipziger Prozeß war ein Justizskandal und hat den Moskauer Prozeß verursacht, der auch ein Justizskandal ist.

Die geplante bürgerliche Presse vertritt ebenfalls mehr oder weniger offen diese Ansicht: Moskau handelt nur nach dem Recht. Wartet wieder „Koll“! Damit geben die Herrschaften vor allem die Leipziger Justizbehörden zu. Sie geben sogar das Verhängnis der deutschen Reichsregierung dabei zu, die darum in Moskau nichts ausrichten könne.

Die deutsche Arbeiterschaft wird sich dieses Geständnis der Bourgeoisie ins Gehirn prägen.

Wie steht es aber mit dem Moskauer Nordjuden-Prozeß? Kann er wirklich in Karlsruhe gleich werden mit der unehrlichen Justizverfälschung von Leipzig? Nun wir dies einmal, es ist recht lehrreich.

Als Grundtatsache ist dabei festzuhalten:

1. Die Sowjetmacht ist ein von Deutschland anerkannter Staat; die Sowjetregierung ist de facto und de jure anerkannt von der deutschen Regierung.

2. Damit ist auch anerkannt, die Autonomie dieser Sowjetregierung zur Rechtspflege auf ihrem Gebiet.

3. Die Rechtspflege erfolgt auf Grund der in der Sowjetunion geltenden Rechtslehre und Prozeduren.

Warum war der Leipziger Prozeß ein Justizskandal?

a) Weil er in allen Rechtsinstanzen anerkannter Rechte der Untersuchungsgefangenen inhaftlich und gräßlich verletz.

b) Weil er in Deutschland geltende Prozeduren inhaftlich und unehrlich zum Nachteil der Angeklagten verletzte.

c) Weil er den in allen Rechtsinstanzen geltenden Grundtatbestand der vollen Verteidigungsmöglichkeit zu gewähren, inhaftlich und absichtlich verletzte.

d) Weil er die Verteidigung hinderte, durch direkte Angriffe auf die Person des Verteidigers mittels Anweisung durch Polizeigewalt aus dem Verhandlungsraum.

e) Weil er bei allen entscheidenden Fragen die Öffentlichkeit ausschloß.

f) Weil das Urteil dem geltenden deutschen Rechtskodexohn spricht und reine, irrfinnige Willkür darstellt.

Was sehen wir dagegen in Moskau?

1. Außer humane Behandlung der Angeklagten in der Untersuchungsanstalt hinsichtlich Behandlung, Verpflegung usw.

2. Völlige Verteidigungsmöglichkeit. Jeder von ihnen gewünschte Entlastungszeuge wird angefragt. Ihre Verteidiger werden nicht im geringsten behindert.

3. Die Verhandlungen werden von A bis Z in vollster Öffentlichkeit durchgeführt. Sogar der deutsche Gesandte nimmt daran gelegentlich als Zörer teil.

4. Die Verurteilung erfolgt auf Grund der drei Geständnisse aller drei Angeklagten während der Untersuchung und auf Grund eines erdrückenden Beweismaterials. Die Entlastungszeugen belasten selber wider Willen die Angeklagten.

5. Das Strafmaß ist gesetzlich festgelegt durch den geltenden Rechtskodex der Sowjet-Union.

Wie sehen keine Folter, keine Mißhandlungen, keine Dunkelhaft, keine Käufe und Unrechlichkeiten, kein Verwehren von Verteidigungsanträgen, kein Nichtzulassen von Entlastungszeugen, keine Verhörung und keinen Sinauow der Verteidiger, kein irrfinniges Töben des Gerichtsvorgängers, keine Mißhandlungsprozesse, keinen Ausschluß der Öffentlichkeit, keine Willkür in der Beweiswürdigung, keine nachlässige Willkür im Strafmaß — der Moskauer Prozeß zeigt das völlig normale Aussehen und Verfahren einer streng gerechten und gewissenhaften Justiz. Solcher Prozesse haben in den letzten Jahren genug stattgefunden gegen reaktionäre Terroristen und Komplottisten.

Internationale Konferenz gegen den Abbau der Sozialpolitik (Schlußbericht)

Kainradel, Wien, sagte seinem Referat über internationale Probleme und Forderungen betr. Heiligtums, Protestentfaltung und dergl. sorgfältig ausgearbeitete Leitlinien war, die einen ersten Versuch einer einheitlichen internationalen Orientierung darstellen. Er betonte die Zusammenarbeit mit den internationalen Arbeitsamt und mit den Arbeiterorganisationen für tätig.

Moskauer V. C. = Prozeß

Vernehmung der Zeugen Zint und Kose

Im folgenden tragen wir noch einige interessante Einzelheiten des fünften Verhandlungstages nach.

Der Zeuge Zint gibt sich als sympathisierender des Kommunismus aus und behauptet, durch ideologische (!) Studien zu dieser Weltanschauung gekommen zu sein (allgemeine Zitterfeier). Zint gibt alle bisherigen Angaben über die technische Vorbereitung der Explosion an, befreit aber deren terroristischen Zweck. Im Kreuzverhör wird jedoch nachgewiesen, daß er an den von Dittmar angegebenen Beratungen teilgenommen hat.

Die deutsche Regierung schützt die Faschisten

Der Zeuge gibt weiter an, daß er auf die Nachricht von der Verhaftung Kindermanns und Wolffs sich in Berlin bemüht hätte, Beweise für ihre Unschuld beizubringen. Arbeiter habe versucht, durch das Auswanderige Amt zu erfahren, ob Kindermann Agent des Berliner Polizeivorstandes gewesen sei. Auf die Frage, warum er sich nicht direkt an das Polizeipräsidium wendet habe, gibt er an, er habe angenommen, daß die russische Abteilung des Auswanderigen Amtes am besten informiert sei müße.

Vor seiner Abreise nach Moskau habe er auch mit dem Berliner Arbeiter-Korrespondenten über den Prozeß gesprochen. (Große Bewegung.)

Zint ebenso wie der später vernommene zweite Entlastungszeuge Kose müßen zugeben, daß es ausgeschlossen ist, daß ein geheimer kommunistischer geheimer Student bis Februar 1924 nichts von der Organisation gehört habe.

Der Zeuge erklärt weiter, Kindermanns Ansicht sei das Studium der Agrarverhältnisse in der Sowjetunion gewesen. Auf die Frage des Vorbringens, ob der Zeuge die Angeklagten für fähig halte, allseitige Berichte über die Sowjetunion für das „Berliner Tageblatt“ zu verfassen, wofür sie monatlich 1000 Mark bekommen sollten, antwortet Kose: „Nein, daran glaube ich nicht. Sowjeter sollte dieses Geld anderen Zwecken dienen.“ Vorbringend: „Sehr richtig!“

Der Vorsthende verliest dann das Protokoll der Aussagen Kindermanns vor dem Untersuchungsgericht, wo dieser die Teilnahme Ehrhardt an „Studentenräten“ bestritt. Der Zeuge trat darauf in Verlegenheit und erklärte, Kindermann habe gelogen. Er behauptet auch die Streikführerschaft der Studentenorganisation. Zint gibt Kose ausdrücklich zu, Mitglied der Organisation Consul gewesen zu sein (Bewegung).

Der angeklagte Dittmar gibt an, daß er in der letzten Geheimnistruppe vor der Rückkehr ins Studentenheim, Vorträge gehalten habe und daß Kose, Zint und Michaelis an der Beratung teilgenommen haben. Nach dem Bericht über Ehrhardt einen Inkultursvertrag über die Reise und über die Durchführung terroristischer Akte.

Lodesstrafe!

(WZB), Moskau, 3. Juli.

Der Oberste Gerichtshof verurteilte nach fünfjährigjähriger Beratung Kindermann, Wolff und von Dittmar zur Lodesstrafe. Gegen das Urteil kann Berufung nicht eingeleitet werden. Das Urteil ist endgültig. Den Verurteilten steht jedoch das Recht zu, innerhalb einer Frist von 72 Stunden nach Einbringung des Urteils ein Eingeklagtes beim Zentralvollzugsamt der Sowjetunion einzureichen.

Nur der Reichsverband deutscher Arbeiterbeschäftigten ist im Prinzip mit den Zeitungen und der vorgelegten Entschliessung einverstanden. Es könne sich keiner mehr dem Gedanken internationaler Zusammenarbeit verschließen. Er müßte seinen Arbeitern ein Verbot der Arbeiter-allerständliche — Organisation mit der weiteren Arbeit der Zeitliche und Anregungen der Aussprache zu betreiben, wird angenommen. Nach der einstimmigen Annahme einer Resolution für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen führt Kose, Briefe, aus Ehrhardt. Er betont den gemeinsamen Kampf gegen das Kapital und schließt die Konferenz mit dem Rufe: Krieg dem Kriege!

Um Arbeitszeit und Lohn

Generalstreik der belgischen Metallarbeiter. Brüssel. Am Mittwoch ist in der gesamten Metallindustrie der Streik ausgetreten. Die Arbeiter lehnten überall das vorgelegte Kompromiß und jeden Lohnabzug mit der Bedingung der Wahrheit ab. Am Mittwoch fanden in allen Industriegebieten, namentlich in Charleroi, große Demonstrationen gegen den Streikenden statt.

Die Leipziger Bauarbeiter stehen im Kampf. Leipzig. Seit heute früh ruht auf allen Baustellen die Arbeit. 8000 bis 10000 Bauarbeiter ruhen im Streik. Die Zimmerer haben noch nicht entschieden. Am Freitag findet Verhandlung statt über die Forderungen der Arbeiter. Nachdem die Bauarbeiter sich über den allgemeinen Streik beschließen hätte, werden auch die Zimmerer einen anderen Weg gehen können. In allen Verhandlungen zeigt sich eine ausgesprochene Kampfbereitschaft.

Auch in Berlin steht die Bauarbeiterchaft vor dem Kampf. Donnerstag nachmittag haben von einem Schiedsgericht Verhandlungen zwischen Bauergewerkschaft, Zimmererverband und den Unternehmerverbänden für den Bezirk Groß-Berlin begonnen. Die Forderungen sind für Maurer 1,50 Mk., für Zimmerer 1,70 Mk. Stundenlohn, weitere Herabsetzung der Wochenarbeitszeit auf 40 1/2 Stunden und Urlaub. Laut Bericht des „Vorwärts“ soll in einigen Punkten ein Einverständnis erzielt worden sein, nicht aber in der Arbeitszeit und Urlaubsfrage und in der Forderung der Verringerung. Auf zwei wichtigen Punkten haben die Maurer heute die Arbeit niedergelegt.

Wachsende Arbeitslosigkeit im Weltmaßstab. Warschau. (U.) Gemäß einem Beschluß der sozialdemokratischen Gesellschaften sollen in allen größeren Städten Polens zweiwöchige Manifestationsstreiks zum Zeichen des Protestes gegen die wachsende Arbeitslosigkeit veranstaltet werden. Diese Manifestationsstreiks haben in Krakau und Lemberg bereits stattgefunden. Wie verlaufen ist es während der Lemberger Demonstration zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen.

London (U.). Die Zahl der Arbeitslosen zeigt in der Woche eine weitere Zunahme um 90 300. Vergleichlich mit derselben Woche des Vorjahres ergibt sich eine Zunahme um 285 918. Die Gesamtzahl der Statistik der erlassenen Arbeitslosen beträgt 1 299 700.

Die rheinischen Ziegelarbeiter im Kampf (Eig. Draht). Düsseldorf, 3. Juli. Die Umbrichtung der gesamten rheinisch-westfälischen Ziegelarbeiter hat eine übertragene Wechsellagerung im allgemeinen Streik ergeben. Es streiken in 70 Betrieben 8000 Arbeiter. Die Unternehmer drohen mit Gewaltauspressung.

Regierung und faschistische Körperverbände

Sie leugnen natürlich alles ab

Es regnet nur so von Dementis. Herr Minister, die vrezliche Regierung, der monarchistische Rektor der Berliner Universität, Herr Köhler, Herr Haas von den Demokraten, das deutsche Kaiserliche Amt, sie alle leugnen jetzt natürlich, je etwas mit den Angeklagten im Moskauer Prozeß zu tun gehabt zu haben. Sie tun das, obwohl der „Entlastungszeuge“ Kose, der selbst keine Mißdeedhaft bei der OC eingeleitet, erklärt hat, vor der Arbeitshandlung zu haben. Wer welchen Wert solche offiziellen Verleumdungen überhaupt haben, zeigt eine neue Lufschade:

Georgier läßt Kosa Zugewurgs Mörder beschuldigen!

Duogend Male ist von der preußischen Polizei gefangen worden, daß Deutnant Krull, der Mörder Kosa Zugewurgs, von der politischen Polizei beschuldigt wurde. Nun stand dieser Krull wegen einer ganzen Reihe faulster Urkunden vor dem höchsten im Moskauer Prozeß zu tun gehabt zu haben. Sie tun das, obwohl der „Entlastungszeuge“ Kose, der selbst keine Mißdeedhaft bei der OC eingeleitet, erklärt hat, vor der Arbeitshandlung zu haben. Wer welchen Wert solche offiziellen Verleumdungen überhaupt haben, zeigt eine neue Lufschade:

Die Stützen der deutschen Reaktion

Die Vernehmung Krulls erab ein bescheidenes Bild dieses erbärmlichen Herrlichen Subjekts. Er hat sich selbst zum Deutnant befördert. 1917 lächelte an der Front ein Verfahren gegen ihn wegen Freigabe von dem Feind. Er beteiligte sich aber an der Niederbrehelung von unbewaffneten Arbeitern in Berlin, im Ruhrgebiet 1919 und beim Kapp-Zug. Nach der Ermordung Kosa Zugewurgs wurde er zum Lohn vom Staatsoberster für öffentliche Arbeiten, Weismann, in Staatsdienst genommen und mit gewissen Aufträgen nicht nur nach deutschen Orten, sondern auch nach Wien und Lissabon geschickt, offenbar auch nach anderen auswärtsdienenden Gebieten.

In der Gerichtsverhandlung wurde nun der Oberregierungsrat Weismann in die rechte Hand des heutigen Staatskommissars Kosa ver nommen. Er behauptet, daß Krull in Diensten des Staatskommissariats wie der K gefanden habe und in dieser Eigenschaft die Formuläre zu seiner Arbeit erhalten habe. Von dem Dienst des Staatskommissariats sei Krull heute ausgeschieden.

Wie in der Verhandlung festgelegt wurde, fanden sich in Krulls Akte eine Anzahl von Formulären der Abteilung I, eines davon mit einem Schlagwortverzeichnis über sechs Flugzeuge ausgefüllt. Krull beantwortete sich damit, daß er die Aufzeichnungen nur ausführt, um ein im Gange befindliches Ermittlungsverfahren zu erleichtern. Er habe hierin liegen können, daß Oberregierungsrat Weismann mit diesen Aufzeichnungen einverstanden

sein würde, denn dieser habe ihm gesagt, daß zur Aufklärung des Falles jedes Mittel recht sei. Der Staatsanwalt beantragte pro forma gegen Krull wegen seiner Betrugsgelien 2 Jahre Gefängnis. Das Gericht sprach jedoch Krull in den meisten Fällen frei, da es lediglich Unstimmigkeiten (!) vorgekommen habe.

Seine Dokumentenaufstellungen wurden alle als amtliche Tätigkeit aufgefaßt. Nur in einem Falle bekam Krull pro forma 10 Monate Gefängnis ab, die durch eine angebliche Untersuchungsarbeit verübt sind.

Das ist der Staatapparat der deutschen Republik! Alle sozialdemokratischen Arbeiter müssen einsehen, wie halloos das Gerede Geogriens von der Bekämpfung des Monarchismus durch die Tüchtigkeit seiner Regierung ist.

Fort mit allen monarchistischen Beamten und Offizieren!

Oberöstlicher Eisenbahner-Kongress für Achtundzigt, Lohnhöhung und Amnestie

In Döppel in eine Konferenz der gesamten oberöstlichen Eisenbahner-Betriebsräte zur Lage und Aufgabe der Eisenbahner einmündig eine Entschliessung angenommen, in der es zum Schluß heißt:

1. Die Entlassung des haren Achtundzigtens.
 2. Ausdrückliche Bestätigung des Personalts. Eine sofortige Erhöhung der Löhne um 50 Prozent.
 3. Einstellung des Abschlusses.
 4. Wiederentstellung des abgesetzten Personalts.
 5. Abschaffung der Leno und des Bahnhofs.
 6. Erhöhung der Bezüge für Invaliden, Witwen, Waisen und Rentner.
 7. Mißbilligung des Betriebs- und Beamtenrechts.
- Die verarmten Betriebsräte wissen, daß diese Forderungen nur auf dem Boden des Klassenkampfes durchgeführt werden können und daß sie den Schluß der Arbeitergemeindefortschritt bedeuten. Die Parole kann aber angesichts der Situation nicht lauten „Arbeitergemeinschaft zum Schaden des Personalts“, sondern „Sammlung und Annäherung aber der zum unermesslichen Kampf bereiten Rechte“ bis zum einmündigen Sieg über die Eisenbahner-Leute am Ende der Betriebsratsperiode der im Karibor abgelegter der Studien-Kommission nach Sowjet-Union gewährt.

Die Eisenbahner für das chinesische Proletariat

Die von 100 Vertretern aus 21 Staaten besuchte Internationale Eisenbahnerkonferenz in Wellington, die von der Internationalen Transportarbeiter-Organisation (ITP), sich unterstützt, einberufen ist, nahm folgende Entschliessung an:

Der Kongress, der von den jüngsten Vertretern in China sowie von dem an der ITP. gestandenen Unterhändlerapparat des chinesischen Eisenbahnerkongresses Kenntnis genommen hat, schließt sich dem bereits von der Arbeitergruppe der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf und dem Internationalen Gewerkschaftsbund eingeleiteten Prozeß an. Der Kongress ist der Auffassung, daß eine gemeinsame Aktion der ganzen internationalen Arbeiterbewegung unter der Führung der internationalen Gewerkschaften eine bringende Notwendigkeit ist.

Ein Schlag ins Gesicht der gesamten Arbeiterchaft

ist das freisprechende Urteil des Staatsgerichtshofes gegen die Raibenan-Mörder!

Wegen diesen Mörtern ist der Staatsgerichtshof im Jahre 1922 gebildet worden. Was hat er getan?

Drei Todesurteile und Tausende von Jahren Zuchthaus und Gefängnis über revolutionäre Arbeiter verhängt.

Wird der Verband der Arbeiter, der diesen Gesandten beginnt, sich ebenfalls für die Amnestie der politischen Gefangenen einsetzen?

Die Weiskensler Schuhmacher nehmen Stellung zum IGBB-Kongress

Am 29. Juni fand in Weiskensler eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher statt, in der die zahlreich erschienenen Mitglieder eine Stellungnahme zum dem Ende August tagenden Dresdener Gewerkschaftskongress als Ergebnis der Stellungnahme wurden folgende Anträge an den IGBB-Kongress gefasst:

Antrag zur Jugendfrage

Der 11. Kongress des IGBB hat einstimmig eine Entschließung zur Jugendfrage angenommen, die die Gewerkschaften verpflichtet, mit Einwirkung aller Kräfte für eine gezielte, den Forderungen der organisierten Arbeiterkraft entsprechende Neuregelung der Jugendarbeit und allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen der Jugendlichen Sorge zu tragen. Zur Förderung dieser Arbeit sollten in allen Orten Jugendkommissionen und Jugendartelle gebildet werden. Der 12. Gewerkschaftskongress stellt fest, daß so gut wie nichts von diesen Beschlüssen durchgeführt worden ist. Wirtschaftlich und rechtlich hat sich in der Zwischenzeit die Lage der jugendlichen Arbeiter noch bedeutend verschlechtert, und es wird leistung der steigenden Kosten der Warenindustrie, und etwas unternommen worden oder beabsichtigt, um hier einen Wandel zu schaffen. Die gegenwärtige Lage der arbeitenden Jugend und ihre verheerende Ausbeutung durch das Unternehmertum ist eine außerordentlich ernste Gefahr nicht nur für die jugendlichen Arbeiter selbst, sondern auch für die gesamte Arbeiterklasse. Die ganze Politik der deutschen Unternehmer geht in der letzten Zeit systematisch darauf hinaus, die älteren Arbeiter durch billige junge Arbeitskräfte zu ersetzen und die Jugendlichen als Lohnbrüder und Streikbrecher gegen die Erwachsenen aufzustellen.

Wichtigste dieser Aufgabe ist es Pflicht und Aufgabe der Gewerkschaften, alles aufzubieten, um die Lage der Jugendlichen zu heben und sie als gleichberechtigte Glieder in die Klassenfront des Proletariats einzureihen. Der Gewerkschaftskongress beauftragt den Bundesvorstand, insbesondere die Durchführung folgender Aufgaben nachdrücklich in Angriff zu nehmen:

1. Sofortige (spätestens in zwei Monaten) Einberufung einer Reichskonferenz der gewerkschaftlichen Jugend, die durch den jugendlichen Gewerkschaftsmittelpunkt der jugendlichen Arbeiter zu sein hat und sich mit den Fragen des wirtschaftlichen Kampfes der Jugend befassen muß.
2. Breite Kampagne unter der Jugendarbeiterkraft um Eintritt in die Gewerkschaften und für das wirtschaftliche Kampfprogramm für die Jugend, das der Kongress besonders beschließt.
3. Bekämpfung der Gleichberechtigung der Jugend innerhalb der gewerkschaftlichen Parteien, allen Körperlichkeiten, ermöglichte Eintritts- und Mitgliedsbeiträge.
4. An Stelle der Jugendfeste regelmäßige Zusammenkunft der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder zur Besprechung der wirtschaftlichen Lage, Forderungen und Kämpfe.
5. Bei jedem größeren Ortsausflug des IGBB, Anstellung eines Jugendbetrieblers, der von den jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern zu wählen ist und im Ortsausflug sein und Stimme hat.
6. Schaffung von örtlichen und bezirksweisen freigewerkschaftlichen Jugendartellen, zu denen auch die politischen proletarischen Jugendorganisationen und Arbeitervereine durch hinreichende Delegierte hinzuzuziehen sind. Die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften zu diesen Kartellen müssen direkt von den jugendlichen Mitgliedern gewählt werden. Wiedererrichtung des Reichsauswahls der Arbeiterjugendorganisationen.
7. Energetische Schritte bei den Regierungen und Parlamenten und Druck auf diese durch Arbeiterdemonstrationen, um eine beschleunigte gezielte Neuregelung der Jugendarbeit im Sinne der Forderungen der Arbeiterklasse herbeizuführen.
8. Verpfändung aller Gewerkschaften, bei allen Tarifverhandlungen, Lohnverhandlungen usw. die Forderungen der Jugend mit aufzunehmen und mit aller Macht zu vertreten.

Antrag zur Betriebsratsfrage

Der 12. Gewerkschaftskongress stellt fest, daß in den letzten drei Jahren nicht die notwendige Ermächtigung zur Einberufung der Betriebsräte erreicht ist. In dieser Entwicklung sind die Betriebsräte, wie auch die einzelnen Verbandsorgane mitschuldig, weil sie nicht nur keinen einheitlichen Kampf um die Ermächtigung der Betriebsräte geführt, sondern durch direkte und indirekte Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen, durch offizielle, gegen die Betriebsräte hin, Ermächtigung deren Verleugern, durch Artikel von Koppel u. a. in den Organen des IGBB, und der Gewerkschaften mithalten, den Einfluß und das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte herabzumindern.

- a) Die Betriebsräte sind geeignet und berufen, das Gesamtproletariat weit über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus zu erfüllen und dadurch nicht nur im täglichen Kampf im Betrieb die Interessen der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum zu vertreten, sondern auch darüber hinaus die Wegweiser und Pioniere im Kampfe zur Überwindung des Kapitalismus und der Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung zu sein. Sie dürfen daher keine der Gewerkschaftsbewegung untergeordnete Organe sein, sondern müssen zur aktiven Teilnahme an der gesamten Gewerkschaftstätigkeit herangezogen und zu miteinbringenden und ausgleichenden Wirtschaftsfaktoren in allen Kämpfen um Arbeitszeit und Lohn ausgeschaltet werden. Notwendig ist dazu die organisierte Zusammenfassung der Betriebsräte nach Orten, Bezirken, Industriezweigen und Konsernen und im Reichsmaßstab durch die Gewerkschaften.
- b) Die Gewerkschaften haben weiter die Pflicht, nicht nur durch parlamentarische Drängen und anderen Einfluß ihrer gesamten gewerkschaftlichen Maschinerie für die Ermächtigung der Betriebsräte, sondern auch in bezug ihres Mitbestimmungsrechts bei Betriebsveränderungen, Entlassung und Entlohnung von Arbeitern, Kontrolle der Durchführung des Arbeitsgesetzes usw. zu kämpfen; darüber hinaus haben sie den Kampf um die Kontrolle der Produktion zu führen, unbedingte damit verbundenen politischen Konsequenzen, den Kampf zum Sturz der Bourgeoisie durchzuführen.
- c) Damit der Reich der Betriebsräte die freien Gewerkschaften als alleiniger und ausschlaggebender Faktor in Frage kommen, ist notwendig, daß auch die Widerstände innerhalb der freien Gewerkschaften bei der Kandidatenaufstellung beseitigt und alle ausgeschlossenen Klassenbewußten Proletarier,

sofern sie sich keine ehrenwürdigen Stellungen haben zu schulden kommen lassen, wieder aufgenommen werden, um so die Gesamtarbeiterschaft zu erfüllen und ihr Vertrauen selbst zu gewinnen. Deshalb beschließt der Kongress:

- a) Der Sturz der Bourgeoisie muß eine Zielsetzung sein, die die Interessen der gesamten Arbeiterklasse erfüllt und die Arbeiterklasse als Einheit zusammenfaßt. Die Interessen der einzelnen Berufsstände sind nur im Kampf um die Überwindung der kapitalistischen Produktion zu berücksichtigen.

Antrag zum Bericht des IGBB-Vorstandes

Der 12. Gewerkschaftskongress stellt fest, daß sich die Lage der Arbeiterklasse mit auf wirtschaftlichem so auch auf politischem Gebiete in den letzten drei Jahren seit dem Dresdener Kongress katastrophal verschlechtert hat, und daß die schlimmste Reaktion der Arbeiterklasse unmittelbar droht.

Offene Monarchisten haben die leitende Stellen der Republik besetzt; der politische Einfluß des Proletariats und seiner wirtschaftlichen Organe, der Gewerkschaften, ist weit zurückgegangen. Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete steht die deutsche Arbeiterklasse in jeder Hinsicht, ob Lohn, Arbeitszeit, Mitbestimmungsrecht in den Betrieben usw. weit schlechter als die Proletarier der übrigen kapitalistischen Länder. Der IGBB, der durch die Mobilisierung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen jede reaktionäre Regierung verhindern konnte, hat den trotzkistischen Kapp-Streich, der seit dem Oktober 1923 im Gange ist, nicht nur nicht zu verhindern gesucht, sondern durch die Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterklasse, durch die Gemeinschaft mit der Bourgeoisie, durch die Nege gegen das revolutionäre Proletariat, durch die offene und verdeckte Zustimmung zu allen reaktionären Taten der Bourgeoisie begünstigt und erst ermöglicht. Auf

internationalen Politik

hat der Bundesvorstand des IGBB, in jeder entscheidenden Situation auf Seiten des Kapitals, der Reaktion, der Militärdiktatur gegen das Proletariat gehandelt. Der IGBB-Vorstand hat während des Ruhrkrieges gemeinsam mit der Bourgeoisie für die „Kollektivenden“ Ruhrindustrialen gekämpft, er hat den Streik gegen die Ruhrregierung gebremst, er hat durch den IGBB beim Ruhrstreik die Ermächtigung der Ruhrregierungen von Stinnes unterstutzt. Die Ermächtigungsgesetze, die zur Sozialistischen Massenentfaltung, Einheitsratsung der Betriebsräte, Erlass der reaktionären Schlichtungsordnung, Zwangsarbeit für die Erwerbslosen, Herabsetzungen der Erwerbslosenunterstützungen und sozialen Renten, verheerliche Klassenpolitik usw. herbeiführten, wurden vom IGBB nicht nur nicht bekämpft, sondern der IGBB selbst sein enges politisches Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, vor allem mit der SPD, die für diese Gesetze die Verantwortung tragen, aufrecht. Trotz aller entgegengekehrten Beschlüsse der IGBB, bei der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes und beim Reichswehrmarsch in Ostpreußen und Thüringen, daß die primitivsten demokratischen Rechte mit dem Militärherrscher niederkampfen zu werden, hat der IGBB, durch die öffentliche Bekämpfung und Beschädigung der arbeitenden Massen bezeugt, nicht bekämpft, sondern propagiert und seine Annahme begünstigt. Er hat wohl durch allerlei papierne Kundgebungen sich für die „gerechte Landesverwaltung“ ausgesprochen, aber nicht einen Schritt im Kampf für den Achtundzigtägigen für die Aufhebung der Lohnsteuer und der anderen der Massen befallenden Steuern, für die Beilegung der Ruhrfrage getan und dadurch der Bourgeoisie geholfen, die ganze Dames-List auf die arbeitenden Massen abzuwälzen.

Die enge Verbundenheit des Bundesvorstandes mit der Bourgeoisie zeigte sich am freilichsten bei den parlamentarischen Wahlen, wo die gesamte Gewerkschaftspropaganda die bürgerliche Sozialistenspolitik der SPD verteidigte gegen die einseitige Arbeiterpartei, die SPD, mit allen Mitteln der Demagogie hegte und bei den Präsidentschaftswahlen sogar für den Zentrumskandidaten, den Ermächtigungskönig Marx, eintrat.

II.

Auch auf dem Gebiete der internationalen Politik

hat der Bundesvorstand eine Haltung eingenommen, die einzig und allein diktiert war von der Solidarität mit der deutschen Bourgeoisie, aber von der internationalen Solidarität des Proletariats nicht im mindesten beeinflusst war. Der Vertreter des IGBB im Internationalen Arbeiterrat des Reichsverbandes hat sich für eine Haltung, dem Schmeldebetrieb der deutschen Regierung auszusprechen, einzusetzen. Statt des internationalen Kampfes für den Achtundzigtägigen, propagiert der IGBB die Kapitulation des Washingtoner Abkommens der kapitalistischen Regierungen, das nicht im mindesten geeignet ist, den Achtundzigtägigen wirklich wieder herzustellen. Angesichts der drohenden Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, unter dem das Proletariat noch viel Entsetzlicheres zu leiden haben wird, als in den Jahren 1914/1918, angesichts der offensichtlichen Vorbereitungen der imperialistischen Mächte zu einem Interventionistischem gegen den europäischen proletarischen Staat, die Kominternregierung, angesichts der imperialistischen Raubzüge in China und Marokko, angesichts des rasenden wahren Ferrors in Bulgarien, Estland, Polen usw., hat der IGBB nichts unternommen, um die deutsche Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Gefahren auszuwecken und sie in die internationale proletarische Kampffront einzureihen. Im Gegenteil, der IGBB ist der schärfste Feind der von den russischen und englischen Gewerkschaften propagierten internationalen Gewerkschaftseinheit, er fördert die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjet-Rußland durch eine milde antihöfliche Rede und durch die Bestärkung der Einheitsratsung in den Betrieben, der nichts anderes bedeuert als die Einberufung Deutschlands in die antihöfliche Front, die Verwundung Deutschlands in das Zentrumgebiet für den kommenden Krieg, die Zerstörung des deutschen Proletariats zum Militärdienst für die internationale Reaktion.

III.

Diese politische Tätigkeit der Bundesleitung des IGBB wird vom 12. Gewerkschaftskongress als eine arbeitereinde, bürgerliche, den Interessen des Imperialismus dienende Politik aufs schärfste verurteilt. Diese reaktionäre Politik muß durch eine klare revolutionäre proletarische Politik ersetzt werden, die auf den Zerbruch des Marxismus, des Klassenkampfes aufgebaut ist und sich die Überwindung der kapitalistischen durch die

sozialistische Wirtschaftsordnung auf dem Wege der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats zum Ziele setzt. Nur bei einer solchen Politik werden die Gewerkschaften wiederum imstande sein, auch im täglichen Kampfe für die Interessen der Arbeiterklasse Erfolge zu erringen.

Der 12. Gewerkschaftskongress fordert daher:

1. Sofortigen und reichlichen Bruch mit der Politik der Klassenkompromisse und der Koalition. Schärftesten Klassenkampf gegen alle bürgerlichen Regierungen, bürgerlichen Parteien und bürgerlichen Organisationen, die ausnahmslos, auch wenn sie sich „sozialistisch“ oder „republikanisch“ nennen, auf der Seite der Bourgeoisie stehen.
2. Aufbau der Gewerkschaften auf den Betrieben, Umwandlung der Berufs- in Industrierverbände.
3. Aktivierung der Mitglieder durch unmittelbare Mitwirkung bei der Führung der Kämpfe, Heranziehung der Betriebsräte als miteinbringende und leitende Kampforgane.
4. Schärftesten Kampf gegen den Dames-Plan, gegen die sich aus ihm ergebenden Steuer- und Zöllelasten. Vorbereitung einer inter-nationalem Aktion gegen die Interessen der Arbeiter aller Länder schärfste Reparationspolitik.
5. Organisierung, Zusammenfassung, Steigerung der Wirtschaftskämpfe, für den Sturz des Militärdiktators, die Siebenundzigtägigen im Verghau, den Achtundzigtägigen für Jugendliche, für ausreichende Löhne, für die Produktionskontrolle durch die Betriebsräte, gegen die Massenentlohnungen, gegen das Schließen der Streikabteilungen mit Hilfe von Schlichtern, Zensur und Polizei.
6. Wirtschaftskampfe gegen die monarchistische Reaktion, nicht durch Koalition mit bürgerlichen „Republikanern“, d. h. mit verkappten Monarchisten, sondern durch den außerparlamentarischen Kampf der wertvollen Massen für die Enttarnung der Monarchisten, für die Auflösung der reaktionären Regierung usw.
7. Verpfändung jedes arbeitereindeigen Geleises, nicht bloß mit den Mitteln des Parlamentarismus, sondern durch außerparlamentarische Massenaktionen.
8. Bekämpfung der Gewerkschaftseinheit:
 - a) in Deutschland: durch Aufnahme aller wegen ihrer unzulässigen Genehmigung oder Beirathung aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen, durch Wiedererrichtung der Zentralverbände mit den Verbänden der Ausschlossenen, durch den Bericht auf alle reformistischen Spaltungsmomente und die Bekämpfung der proletarischen Demokratie der Gewerkschaften.
 - b) international: durch die Bekämpfung des ganzen Einflusses des IGBB innerhalb des IGB, für die Einberufung eines bedingungslosigen Weltkongresses zur Schaffung einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden, die Gewerkschaften aller Länder umfassenden Gewerkschaftsinternationale, durch den Zerbruch des IGBB an das englisch-russische Einheitsfronte, durch Entlohnung einer Gewerkschaftsdelegation nach Sowjet-Rußland zur objektiven Berichterstattung über die Verhältnisse in dem roten Arbeiterland und zur Antinipung brüderlicher Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften.

In einer Funktionärskonferenz der Weiskensler Schuhmacher, die am 25. Juni stattfand, wurde ferner folgende Resolution angenommen für die

Dollamnektion

Die heute am 25. Juni tagende Funktionärskonferenz der Schuhindustrie protestiert energisch gegen die Amnestieerlasse der Regierung, die die Verurteilung der politischen Gefangenen in die Freiheit wiederholen soll. Die Funktionäre fordern ausnahmslos Dollamnektion für alle politischen proletarischen Gefangenen, und zwar ganz gleich, ob sie vor oder nach dem 1. Oktober 1923 verurteilt worden sind, um so mehr, als der größte Teil im Jahre 1924/25 abgereicht worden ist.

Die Frage der Gewerkschaftseinheit auf der Antierdamer Vorstandskonferenz

Bei der Vorstehende der Antierdamer Gewerkschaftsinternationale, Parcell, verhandelt war, an der für den 29. und 30. Juni stattfinden Vorstandskonferenz teilzunehmen, wurde auf seinen und auf Antrag des Generalsekretärs der englischen Gewerkschaften beschloffen, die Bekämpfung des Schreibens des russischen Gewerkschaftsrates bis zur nächsten Vorstandskonferenz aufzuschieben, die am Sonntag dem 17. August, in Antierdam beginnt.

Reichskonferenz der Konditionen in Deutschland

In Magdeburg tagte am 7. Juni eine Reichskonferenz der Konditionen, die von 29 Delegierten aus 25 Großbetrieben beauftragt war. Den Schwerpunkt der Tagung bildete die Stellungnahme zum Achtundzigtägigen und zum Sonntagsgesetz in den Großbetrieben. Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, in der gelobt wird, daß die heutige Verbrennung des Mindestmaßes des Schusses parzellen, den die in Konditionen- und Süßigkeitsbetrieben beschäftigten Arbeiter zu fordern haben, und daß deshalb jede Verhinderung der Bestimmungen abgelehnt werden müsse.

Der 15. Verbandstag des Verbandes der Freizeugehilfen Deutschlands

fand am 15. Juni im „Friedrich-Ebert-Haus“ in Schloß Tännich statt. Zurzeit zählt der Verband in 53 Zweigvereinen 3820 Mitglieder, davon 2490 bei Kriegsurlaub. Die Ausrede über den Geschäftsbericht war daher vornehmlich auf die Agitation zur Gewinnung der Unorganisierten gerichtet, und es wurde beschloffen, eine Reichs-Vertretung zu veranstalten. - Der nächste Verbandstag soll in Düsseldorf stattfinden.

Achtung, Porzellanarbeiter! Gewerkschaftskongresswahl!

Vom 6. bis 17. Juli findet die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress statt. Von der Zahlstelle Timenau ist als erster Kandidat der Genosse Willi Schmidt, Timenau i. Thür., aufgestellt. Alle Stimmen der Porzellanarbeiter müssen für diesen Kandidaten abgegeben werden. Bei geringen Wahlbeteiligungen ist jede Stimme entscheidend. Darum auf zur Wahl!

Ohne eine gut arbeitende Gewerkschaftsfraktion läßt sich keine erfolgreiche kommunistische Genossenschaftsarbeit leisten!

BRÜGELSTRAFEN

Proletariat!

Sie haben die Mutter geküßten gehen
Und den Vater zu Tode zerstoßen.
Sie haben den Kindern der Herrlichen befohlen,
Das Gold aus der Hütte der Götter zu holen.
Die sind gewarnt von Erbe zu Erbe,
Die sind verworben. — Wer rannte sie —
Die Namenlosen, die niemand rief!

Doch einer blieb starr in hoffender Wehr;
Doch einer stürzte aus des Lebens Grund,
Um mehr zu geben, das Wort zu erfüllen,
Den Scepter der Herrlichen, die stumm gemein.
Er weig den starken aufrechten Hock;
Er weig das seuerprähliche Lied;
Er weig es mit blühendem Geißel zu schreiben
Waj alle Tafeln der Erde.

Er bringt rubelos von Grut zu Grut,
In Namenlosen, die niemand rief,
Der Erde drängendes Werk!
Und sieht die Welt im Morgenstein,
Und bricht herein der letzte Schmerz,
Sind alle Tafeln voll Gebot,
— Schreibt tief das hohe Lied er ein
Dem Feinde „mittlen ins Herz!“

zu Mäthen.

Brutalste Kinderausbeutung in den Spinnereien von Schanghai Kulturarten der Kapitalisten in China

Wenn wir in letzter Zeit in die Zeitungen blicken, so konnten wir lesen, daß jetzt in China sich etwas ereignet, was den Herrschaften, die immer im Gelde wühlen und die darauf bedacht sind, die Arbeiter mehr zusammenzuschließen, recht unangenehm ist. Wie sagte doch der Vertreter des chinesischen Proletariats am Mittwoch im holländischen „Hollandsche Post“: „China kämpft gegen die internationale Ausbeutung und gegen den Weltkapitalismus.“ Das chinesische Volk tritt an den Ketten und versucht sie abzuschneiden. Aber allen Dingen waren die englischen und japanischen Kapitalisten groß darin, dem chinesischen Volk die „Zivilisation“ zu bringen. Aber wie diese Kulturarten der Kapitalisten aussehen, sollen uns folgende Zeilen zeigen.

In der Stadt Schanghai gibt es große Spinnereien, in denen Seide hergestellt wird. Die Europäer als Inhaber der Zivilisation, wohnen in einem anderen Viertel des Europäerviertels. Sie als „Menschen“ sind also auch äußerlich von den gelben Proleten streng abgetrennt. Denn die chinesischen Arbeiter sind ihnen gerade nur als Ausbeutungsobjekte gut genug. Somit haben sie absolut nichts mit ihnen gemein. Die chinesischen Arbeiter werden grauamler behandelt und ausgebeutet, als die europäischen Proleten. Ungleichere Sammen werden aus ihren Knochen herausgepresst. Deshalb können auch die englischen Kapitalisten den englischen Arbeitern höhere Löhne zahlen, als z. B. die Arbeiter in Deutschland bekommen. Das tun sie aber nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern aus Raffinerie und „Klugheit“. Den sie rechnen so, wenn sie den englischen Arbeitern bessere Löhne zahlen, dann werden diese nicht an Revolution denken, sondern höchst zufrieden sein. Wie ihnen aber, wenn die Proleten anderer Völker sich nicht mehr an ihnen ausbeuten lassen! Um aber in diesen Fällen die „Zivilisation“ zu führen, muß man die Arbeiter sperrig zur „Bewusstheit“ bringen. Also man schickt, siehe China, Schiffe an die bedrohten Punkte, und schickt die hungrierenden Proleten zusammen.

Wer nicht nur die Erwerbslosen werden aus grauamler ausgebeutet, sondern vor allem auch die chinesischen Kinder. Durch eine Kommission wurde festgestellt, daß in den Betrieben des Europäerviertels von Schanghai nicht weniger als 225.000 Kinder unter 12 Jahren beschäftigt wurden.

Die Arbeitszeit betrug durchschnittlich 12 Stunden täglich bei höchstens einstufigem Mittagsschlaf. (Es wurde also auch länger als 12 Stunden arbeitsfähig von der Nacht bis zum Morgen die gesamte Arbeitszeit, also 11 Stunden, lebend verbringen.)

Die gesundheitlichen Verhältnisse liefen alles zu wünschen übrig. — Die Kinder werden meistens durch eine Art Weiber aus der Provinz geholt. Für jedes Kind, das sie abgeben, erhalten die Eltern zwei wertvolle Dollars. Der Weiber verdient pro Kind vier Dollars. Die Kinder, die auf solche Weise „angeworben“ werden, bekommen überhaupt keinen Lohn!

Das ist also, trotz 2000jähriger Christentums und europäischer Zivilisation, der reinste Sklavenhandel.

Die kapitalistischen, vor allem die englische Presse Chinas, nahm nicht an diesen haarsträubenden Zuständen Anstoß, sondern an den heißt höchstbesorgenen Reformversuchen der Kommunisten. Als diese gar anregte, man sollte den Administrativen die Beschäftigung der Kinder unter zehn Jahren verbieten, entzerrte sich die englische Presse in Schanghai. Sie schrieb, es sei unmöglich, die Kinder armer Auis zu hindern, ihren Eltern Geld zu verschaffen!

Eine Amerikanerin schreibt folgendes:
„Wer sich mit eigenen Augen überzeugen will, wie Kinderarbeit, Nacharbeit und überlange Arbeitszeit überhaupt sich auswirken, der muß in die Fabriken von Schanghai gehen. Ich habe drei Uhr nachts eine der größten Spinnereien Schanghai besucht und werde den größten Anblick, der sich mir bot, nie vergessen. Männer, Frauen und Kinder konnten sich vor den Maschinen nicht nach auf den Beinen halten. Die Luft war von den Ausdünstungen menschlicher Körper vergiftet. In Staub und Schmutz, unter den Maschinen stand das Elfen. In den Gängen lagen schlafende Säuglinge...“

Eine andere Amerikanerin schreibt:
„Am die Seide in gutem Zustand zu erhalten, muß die Luft immer warm und feucht sein. Aus diesem Grunde werden Läden und Fenster nie geöffnet, so daß in den Räumen eine furchtbare Luft herrscht. Der Dunst färbt die Seidenfäden und die Ausdünstungen von Menschen vergiftet. In Staub und Schmutz, unter den Maschinen stand das Elfen. In den Gängen lagen schlafende Säuglinge...“

Eine andere Amerikanerin schreibt:
„Am die Seide in gutem Zustand zu erhalten, muß die Luft immer warm und feucht sein. Aus diesem Grunde werden Läden und Fenster nie geöffnet, so daß in den Räumen eine furchtbare Luft herrscht. Der Dunst färbt die Seidenfäden und die Ausdünstungen von Menschen vergiftet. In Staub und Schmutz, unter den Maschinen stand das Elfen. In den Gängen lagen schlafende Säuglinge...“

„Theoretisch ist es zwar erlaubt, die Arbeit zu verlassen, aber in der Praxis der langen Arbeitszeit kommt praktisch keiner dazu.“

Der junge Pionier muß an seiner Zeitung mitarbeiten!

So lautet die Überschrift von der Jubelhefte, die die holländische „Allgemeine Zeitung“ antwortet über die Wiedereröffnung der Brügelstraße in Thüringen. Die deutschen Herrschaften lernen man am besten in ihren eigenen Tagen kennen, wenn man dann und wann einen Blick in ihre Zeitungen wirft. Weher ist diese Zeitung u. a. noch viel zu wenig als nationalsozialistisches Heftblatt bekannt.

Die Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder schlafen auf dem Fußboden, auf Bänken oder auf dem Korridor.“

Diese wenigen Zeilen setzen uns genaugen. Sie lesen uns etwas ganz anderes über die Verhältnisse in China, als die kapitalistischen Zeitungen schreiben. Jetzt kennen wir die Ketten, mit denen das chinesische Proletariat gefesselt ist. Es wandert uns nicht mehr, daß

„Jeder junge Pionier wirbt Abonnenten für „Jung Spartakus“!“

chinesische Studenten mit im Vorbeistreichen der revolutionären Bewegung stehen, während die deutschen Studenten sich bei Bier und Geordie für die neuen alten Zeiten begeistern: „Jah Hindenburg, Hurra!“ Man will nicht, warum China an seinen Ketten rüttelt und kein revolutionäres Proletariat auf seine Fesseln gedrückt hat: „Nieder mit dem imperialistischen Kapitalismus!“



DER SCHMERZEN DER REAKTION DER KAPITALISTEN
MIT DIE KINDERZEITUNG DER JUNGS PARTAKISTEN

Bernstein

Eine Entwidungsgeschichte für Arbeiterkinder

Unser kommunisistisches Kinderzertreffen sollen das dienen, die wirklichen Verhältnisse in der menschlichen Gesellschaft aufzuzeigen. Wir haben gar keine Ursache, wie alle anderen Kinderzertreffen, die Arbeiterkinder einzuschließen oder abzuschließen. Wir wollen werden!

„Wer merket fragen: „Ma mu, was hat das mit Bernstein zu tun?“ Nun, Ihr werdet ja schon Kennt für alle Bernstein? Vielleicht hat einer Eurer Väter eine Zigarettenpille aus Bernstein, oder eine reiche Tante eine Kette daraus. Was ist, was ein Monopol ist? Gabt Ihr schon mal etwas von einem Zigarettenmonopol oder Branntweinmonopol gehört? Monopol heißt Alleinherrschaft, Alleinherrschaft heißt, während die deutschen Studenten sich bei Bier und Geordie für die neuen alten Zeiten begeistern: „Jah Hindenburg, Hurra!“ Man will nicht, warum China an seinen Ketten rüttelt und kein revolutionäres Proletariat auf seine Fesseln gedrückt hat: „Nieder mit dem imperialistischen Kapitalismus!“

„Nieder mit dem imperialistischen Kapitalismus!“

Der Bernstein ist seit Jahrhunderten bekannt und geachtet. Die Könige hielten ihn auf langen Gewegen aus Dittreppen. Hauptächlich verwendeten ihn die Griechen. Außerdem findet er bei den Chinesen, Ägypten und neolithischen Neolithen. Seit 1773 mit der Bernstein an der holländischen Küste entdeckt genannt. Und zwar geschieht die Gewinnung etwa so wie die Gewinnung der Braunkohle im Geleiste. 1800 hien verpachtete der Staat die Bernsteinergewinnung an eine Privatfirma. Diese mußte 800.000 Mark pro Jahr an den preussischen Staat zahlen. Aber trotz des hohen Zinsfußes wurden die Arbeiter reiche Leute.

„Nieder mit dem imperialistischen Kapitalismus!“

„Nieder mit dem imperialistischen Kapitalismus!“

Nieder mit der Brügelstraße in den Schulen!

In Thüringen ist die Brügelstraße wieder eingeführt

Als Thüringen eine sozialdemokratische Regierung hatte, wurde ein Schulgesetz mit Hilfe der Kommunisten geschaffen. Durch dieses wurde u. a. auch die Brügelstraße verboten. Darüber ärgerten sich natürlich die Lehrer, die immer zu gerne prügelten, lehrten und auch die „neulichen“ Herrschaften. Jetzt hat Thüringen eine Regierung, die aus solchen Männern besteht, die so oft sagen: „Deutschland, Deutschland über alles.“ Diese Leute nehmen immer den Mund zu voll, wenn sie von „deutscher Kultur“ reden. Sie sind auch Anhänger des Gedankens: „Im deutschen Wesen soll die Welt genesen!“ Sie sehen aber die Kulturarten dieser Herrschaften aus? Der Thüringer Landtag hat jetzt nach sehr erregten Auseinandersetzungen die Wiedereröffnung der Brügelstraße beschlossen. Die Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten dagegen. Der wichtigste Teil des Gesetzes lautet:

Körperliche Züchtigung darf nur in dringenden Fällen als äußerstes Strafmittel bei Robottvergehen und Fällen grober Unmündigkeit zur Anwendung kommen. Sie darf nicht gebraucht werden, um ein bestimmtes Maß von Kenntnissen und Fertigkeiten bei den Schülern zu erzielen oder bei schwach veranlagten Kindern zu erzwingen. In jedem Falle ist die körperliche Züchtigung mit größter Vorsicht anzuwenden.“

Hieraus sieht man, daß die Herrschaften, einschließlich der Demokraten, sich vor notwendig hielten, diesem schamlosen Gesetz eine Wanklinie umzuführen. Es geht so aus, wie ein Lieberliebhaber von einer Schultoren. Die prägnantesten Lehrer werden immer Borewände finden, die auf einen der drei Fälle angewendet werden können, um die Arbeiterkinder zu verprügeln, die eine eigene Meinung haben.

„Der treuere“ Thüringer Regierung hat jetzt Jung-Spartakus verboten. Die Herrschaften hoffen dadurch, sich der Öffentlichkeit zu entziehen. Die Arbeiterkinder sollen eingeschüchtern werden. Ihr Sprachrohr: der RSB, soll mundtot gemacht werden. Doch wie lautet eines unserer Gesetze:

„Der junge Pionier ist der Kamerad der Arbeiterkinder — aber der Feind aller Unterdrücker und deren Helfer!“

Unsere jungen Pioniere Thüringens werden den Herrschaften für ihre Schamlosigkeit die richtige Dultung geben:

„Nieder mit den Brügelheften!“

„Es gibt wieder Keile!“

So lautet die Überschrift von der Jubelhefte, die die holländische „Allgemeine Zeitung“ antwortet über die Wiedereröffnung der Brügelstraße in Thüringen. Die deutschen Herrschaften lernen man am besten in ihren eigenen Tagen kennen, wenn man dann und wann einen Blick in ihre Zeitungen wirft. Weher ist diese Zeitung u. a. noch viel zu wenig als nationalsozialistisches Heftblatt bekannt.

„Nieder mit dem imperialistischen Kapitalismus!“

AUSVERKAUF

Wir bieten diesmal Außergewöhnliches durch gewaltige Preisermäßigungen

in allen Abteilungen des Hauses. Bei dieser Ausverkaufsveranstaltung handelt es sich nicht etwa um den Verkauf einer Anzahl billiger Artikel; fast unser gesamtes Lager ist nach den Grundsätzen eines Räumungs-Ausverkaufes gewaltig heruntergezeichnet und die besten Waren am meisten. Da unser Haus dafür bekannt ist, daß wir nur erstklassige Waren führen, so bietet der Einkauf bei uns besondere Vorteile

Die Güte macht's, nicht allein der Preis!

Auf sämtliche Artikel, die als herabgesetzt nicht gekennzeichnet sind, geben wir während der Ausverkaufstage einen hohen Rassen-Rabatt!

A. Goldstein, Eisleben

Genossen! Leser! **Ausverkaufs** Inherenten des
Kauft nur bei den **Klassenkampf**

Saison-Ausverkauf!
Bedeutend ermäßigte Preise auf alle Waren
Adolf Krause, Weissenfels
Das große und leistungsfähige Unternehmen in Herren- u. Knabenkleidung

Druck-
Wir empfehlen:
Ba. argentinißches Schweißblech
Kochblech 0,75 Mtr.
Brennblech 0,80 Mtr.
ohne Beflage 1,00 Mtr.
Karl Wahl & Sohn
Zeich. Wallerstraße 12

Anton Gmollzweig
Halle a. d. S. Thomassstr. 12 hat 111
jährig alle Modarten und Reparaturen in
Schuhwaren
aus und bietet die Genossen ein Stund-
lichung bei vorkommenden Fällen.

Saison Ausverkauf

Bedeutende Preisermässigung

Brauner Damen-Halb- schuh, sehr gefällige Aus- führung	6 90	Herren-Halbschuh, außer- ordentlich preiswert.	7 50	Braune Mädchenstiefel zu Schlagerpreisen	4 40
Damen-2-Spangenschuh, sehr moderner Artikel	6 90	Herren-Schnürstiefel, gu- ter Straßenstiefel	7 90	Braune Sandalen in be- sonders starker Ausführung sehr preiswert Gr. 36/37 37/38 Gr. 31/35 47/0, Gr. 27/30 37/0 Gr. 25/26	2 90
Brauner Damen-2-Span- genschuh	7 90	Brauner Herren-Halb- schuh, echt Rindbox, weiß gedoppelt	8 90	Restposten, Einzelpaare sowie Paare mit kleinen Schön- heitsfehlern zu Spottpreisen	
Damen-Halbschuh, echt Boxkall, außerordentlich preiswert	8 90	Herren-Schnürstiefel, echt Rindbox, Original- Goodyear-Welt	12 50		
Braun echt Chevreau- Halbschuh, Origin.-Goo- dyear-Welt, spottbillig	10 90	Brauner Herren-Schnür- stiefel, echt Boxkall, Ori- ginal-Goodyear-Welt	16 90		



Conrad Tack & Cie A.G. Burg
b. Magdeburg

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie, G. m. b. H., Halle (Saale), Schmeerstrasse 1

2078

SAISON

Ausverkauf

Verzählen Sie nichts auf morgen, was Sie heute noch tun können. Unsere Läger stehen mit glänzender Ware bereit. Unsere Preise sind kaum der Rede wert; denn sie sind herabgesetzt, wie Sie es wohl noch nie gesehen haben. Wir halten gründlichen Ausverkauf. 2077
Kommen Sie, wo Sie auch wohnen mögen, der weiteste Weg lohnt sich.

Nur Qualitätswaren!

Nur Qualitätswaren!

Nur eines gilt: Zugreifen!

Ein Kiepenposten
Waschkleider 2⁹⁵ 4⁵⁰ 4⁹⁵ 6⁹⁵ 8²⁵ 9²⁵ 9⁷⁵
in Serien eingeteilt

Zum Ausuchen Waschblusen 1,75 2,75	Ein Kiepenposten Waschcrepe prima Qualität 100 breit 2,25 2,75	Ein Posten schöner Wintermäntel 12,75	Reinwollene prima Rockstreifen auch für Kleider 105 breit 3,50 4,25	Ein Posten Kinderschotten 98 Pf. 1,45
---	--	--	---	--

Schon die ersten Tage beweisen, daß wir billig sind.

Kaufen Sie vormittags!



Jedes Kind
erhält im S.-M. ein
Geschenk
beim Einkauf von 2 Mk. an

Die Parole unserer Leser: Alle Einkäufe tätigen wir bei unseren Inserenten!

Saison
Ausverkauf
3.
bis
16.
Juli.

Herren-Gaffo-Anzüge ganz gemillierte Stoffe 24.-	19-
Herren-Gaffo-Anzüge in modernen Mustern, solide Stoffe, gute Verarbeitung 58.- 49.-	39-
Herren-Gaffo-Anzüge Streifenmuller, zarte Karos, keine Nadelstreifen, englischer Gehilman 88.- 79.-	69-
Blaue Herren-Gaffo-Anzüge elegante Form, auf Vollgröße gefärbt, besonders stark behoben	39-
Herren-Sport-Anzüge Stellig, Sportlich, Weite und Sportholz, in fremdländischen Stoffen ufm. 44.10	33 ³⁰
Herren-Sport-Anzüge in bequemen Loden, auch mit langer Hose 44.10 38.50	28 ⁸⁰
Herren-Sommer-Älfter und Covertcoats sehr stark ermäßigt 79.-	29-
Bozener Loden-Mäntel imprägniert 37.- 24.- 19.-	17 ¹⁰
Herren-Summi-Mäntel in verschiedenen Farben 32.- 24.- 18.-	16 ⁵⁰
Ein Posten Cordsporthosen ganz besonders billig	7 ⁰⁰

Wir haben sämtl. Artikel von gewaltig in Preise herabgesetzt.

Wasch- und Sommerkleidung billiger!	1024
Lüfter-Gaffo schwarz und blau 10.50 8.90 7.75	6 ⁷⁵
Wasch-Soppen in gemillerten Baumwollstoffen 8.90 7.75 6.95	4 ⁴⁰
Wasch-Hosen in Schilffäden 10.50 8.90 7.75	6 ⁷⁵
Wasch-Sporthosen in verschiedenen Mustern für Jünglinge und Knaben entsprechend billiger in Schilffäden und Vorder-od. Seitenfach	6 ⁷⁵
Knaben-Waschblusen in Einanßelform und Kletterform, tiefe Ausschnitt, Größe 0 7.20 5.30 3.65	3 ⁶⁰
Wasch-Spielhöschen Rittels- und Vringens-Büchse entsprechende Formen und Farbensamenstellungen, Größe 00 3.15 4.20 3.40 2.95 2.50 1.75	1 ⁰⁵
Herren-Artikel billiger!	
Oberhemden schöne Muster 8.90 8.- 6.75	5 ⁸⁵
Sporthemden alle Größen 4.50 3.95 3.-	2 ¹⁵
Waffo-Hemden gute Qualität 3.40 3.- 2.80	2 ¹⁵
Goden moderne Streifen und Karos 2.90 1.90 1.10	7 ⁵
Stuhlen in großer Auswahl 3.85 3.- 2.15 1.85	1 ¹⁰
Hosenträger für Knaben und Herren 2.60 2.15 1.60 1.35 0.90	7 ⁰
Stroh- und Filzhüte die große Mode 6.75 5.55 4.75 4.25	3 ⁸⁵
Filzhüte 12.50 8.90 7.95 6.75	4 ⁴⁰
Mähen aus Cow- und Homelp. 3.60 2.60 2.15 1.75	1 ⁸⁰



Weißenfels / Große Burgstraße 2 / Am Markt

